

Gemeinde Baddeckenstedt

Kie/

Protokoll

Rat Badd/004

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates
der Gemeinde Baddeckenstedt
am Mittwoch, den 18.10.2017, von 19:00 Uhr bis 19:42 Uhr
Gaststätte Jendraß, Lindenstraße 6, Baddeckenstedt**

Anwesend:

Bürgermeister

Werner, Marc

Ratsmitglieder

Binder, Wilhelm

Bülow, Dieter

Gierke, Heike

Harmening, Marion

Jäschke, Matthias

Kassel, Jürgen

Pfingst, Ingo

Politt, Hans Dietrich

Schrader, Gerhard

von Cramm, Helena Freifrau

Wöllke, Wolfgang

SGB

Kubitschke, Klaus

Verw. Ang. zugleich als Protokollführer/in

Kiehne, Marina

Abwesend:

Ratsmitglieder

König, Henning

Schaare, Björn

Seggelke, Katrin

Öffentliche Sitzung

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19:22 Uhr

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des Rates

Keine Einwendungen oder Ergänzungen.

2. Genehmigung des Protokolls über die 3. Sitzung des Gemeinderates vom 05.09.2017

BS: -einstimmig beschlossen-

3. Einwohnerfragestunde

- K E I N E -

4. Veräußerung einer Teilfläche eines Wirtschaftsweges in der Gemarkung Oelber a.w.Wege an das Rittergut Oelber a.w.Wege

RM von Cramm nahm aufgrund ihres Mitwirkungsverbotes im Zuhörerbereich Platz.

RM Jäschke begrüßte seitens der CDU-Fraktion den Verkauf des Wirtschaftsweges. Er machte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, dass der Wegeverkauf durch seine Fraktion bereits im Jahre 2015 angeregt und im Rat diskutiert worden sei, seinerzeit allerdings die SPD-Fraktion ihre Zustimmung nicht erteilt habe.

BS: -einstimmig beschlossen-

1. Die Gemeinde Baddeckenstedt veräußert eine rd. 3.300 qm große Teilfläche des Flurstückes 22, Flur 2, Gemarkung Oelber a.w.Wege an Herrn Alexis Peter Freiherr von Cramm.
2. Als Verkaufspreis wird ein Preis von 0,50 €/qm festgelegt. Die Kosten der Vermessung und sämtliche Nebenkosten des Vertrages sind vom Erwerber zu tragen.
3. Durch den Kaufvertrag ist sicherzustellen, dass auch zukünftig alle Landwirte ihre Ackergrundstücke über den Feldwirtschaftsweg erreichen können und der Allgemeinheit die übliche Befahrung/Begehung, bspw. per Fahrrad und für Fußgänger möglich ist.

Nach der Beschlussfassung nahm RM von Cramm wieder an der Sitzung teil.

5. Neufassung der Entgeltordnung für die Vermietung von Fahrradboxen

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Entgeltordnung für die Vermietung der Fahrradboxen am Baddeckenstedter Bahnhof wird in der vorliegenden Form und Fassung beschlossen.

6. Mitteilungen

6.1. Einrichtung von Hotspots durch den Landkreis Wolfenbüttel

SGB Kubitschke wies darauf hin, dass der LK Wolfenbüttel bekanntlicherweise in der Samtgemeinde Baddeckenstedt Hotspots einrichten werde. Für den Bereich der Gemeinde Baddeckenstedt sind als Standorte der Baddeckenstedter Bahnhof sowie die Samtgemeindeverwaltung vorgesehen. Der Sprecher informierte darüber, dass die Errichtung sowie die Inbetriebnahme der Hotspots – laut Mitteilung des Landkreises – noch in diesem Jahr erfolgen soll.

6.2. Ausweisung von Gewerbeflächen

SGB Kubitschke informierte darüber, dass sich der Samtgemeindeausschuss für die Erstellung einer sog. „Gewerbeflächenpotentialanalyse“ ausgesprochen habe und anhand dieser Analyse aufgezeigt werden soll, ob und in welchen Bereichen innerhalb der Samtgemeinde geeignete Flächen für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben vorhanden sind. Es sei zudem wichtig, die örtliche und überregionale Bedeutung der Flächen sowie als entscheidendes Kriterium die Vermarktungsfähigkeit zu analysieren. Die Begleitung und Beratung dieses Projektes erfolgt durch die Allianz für die Region in Braunschweig.

Der Sprecher wies darauf hin, dass die Samtgemeinde im Rahmen der Wirtschaftsförderung für die Mitgliedsgemeinden tätig werde und aus diesem Grund samtgemeindeseitig die Erstellung einer Gewerbeflächenpotentialanalyse in Auftrag gegeben werde. Für eine eventuelle Umsetzung von Maßnahmen sei sodann jedoch die jeweilige Mitgliedsgemeinde selbst zuständig. Der SGB geht davon aus, dass das Gutachten bis Mitte 2018 vorliegen sollte. Über das Ergebnis wird sodann informiert.

6.3. E-Mobilität / Errichtung von Ladestationen

SGB Kubitschke informierte darüber, dass derzeit federführend durch den LK Wolfenbüttel zusammen mit der Ostfalia Hochschule und der Gemeinde Cremlingen ein Pilotvorhaben zur E-Mobilität gestartet wird. So soll in Cremlingen eine Ladestation für Elektroautos errichtet und erste Erfahrungswerte hierzu gesammelt werden. Die Ergebnisse sollen sodann als Grundlage für weitere Überlegungen im Hinblick auf die etwaige Errichtung von Ladestationen für Elektroautos dienen.

7. Anfragen

7.1. Mautpflicht für Bundesstraßen ab dem Jahr 2018

RM Bülow erkundigte sich nach der Mautpflicht für Bundesstraßen ab dem Jahr 2018. Hierzu teilte SGB Kubitschke mit, dass dieses Thema vielfach diskutiert wurde, ihm konkrete Umsetzungspläne aktuell allerdings nicht bekannt seien.

7.2. Verkehrsberuhigende Maßnahmen im OT Rhene

RM Kassel fragte nach dem Sachstand bezüglich der Einrichtung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Ortsteil Rhene. So habe er seinerzeit angeregt, dass im Zuge der geplanten Sanierung der B 6 bspw. ein Tempomessgerät oder eine Verkehrsüberwachungsanlage installiert werde.

SGB Kubitschke teilte hierzu mit, dass die Anschaffung von Tempomessgeräten auch jetzt schon kurzfristig umsetzbar sei. Ansonsten gebe es verschiedene Möglichkeiten, mit denen eine Verkehrsberuhigung erzielt werden könnte. So bspw. durch die Installation einer festen Verkehrsüberwachungsanlage. Diesbezüglich sei man im Gespräch mit dem Land Niedersachsen. Ferner gebe es auch die Möglichkeit, den Verkehr durch eine mobile Radaranlage zu überwachen. Auch hierzu finden entsprechende Abstimmungsgespräche mit dem Lk Wolfenbüttel statt. Des Weiteren käme ggfs. auch die Errichtung einer Ampelanlage in Betracht, bei der bei einer Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h automatisch auf das Ampelsignal „rot“ umgeschaltet werde.

Der Sprecher wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass seitens der Straßenbauverwaltung jedwede bauliche Veränderungen zur Verkehrsberuhigung in diesem Bereich abgelehnt werde. Abschließend gab der SGB an, dass die grundhafte Sanierung der B6 für das kommende Jahr geplant und hierfür voraussichtlich auch eine Vollsperrung erforderlich sei.

RM Harmening sowie RM Politt sprachen sich gegen die Errichtung einer Ampelanlage wie geschildert aus, da dieses nicht zielführend sein würde. Vielfach verhalte es sich so, dass nach dem Halt an einer Ampel wieder Gas gegeben werde und insofern keine Lärmreduzierung erfolge. Die Errichtung eines Tempomessgerätes erachte RM Politt indes für sinnvoll.

gez. Werner
Bürgermeister

gez. Marina Kiehne
Protokollführerin